

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 3.50 M. im voraus zahlbar, bei Postbestellung monatlich 3.50 M. zzgl. Zustellungsgebühren, bei Zustellung unter Straßband 5.75 M. (Deutschland und Österreich), für das übrige Ausland 12.— M. zuzüglich Postausgaben.

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 833-84, 2895 und 2896.

Die achtspaltige Anzeigenzeile ober dem roten Raum, sowie jede Werbungszeile, ab auch die Familien- und Organisationsanzeigen werden laut angelegtem Anzeigen-Kauf berechnet. Insetts für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Unterarten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833-84, 2895-96, 9769

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Beratungen im Ruhrgebiet.

## Die Lage.

Essen, 1. April.

Einem Aufruf des Zentralkomitees zufolge findet nachmittags 3 Uhr in Essen eine Vollversammlung aller Vollzugsräte des Industriegebietes Rheinland-Westfalens statt, um zu beschließen, ob auf Grund der Erklärung der Regierung und der nachfolgenden Verhandlungen in Münster der Generallstreik aufgehoben werden soll.

Über die Lage im Ruhrgebiet werden von interessierter militärischer Seite die tollsten Gerüchte verbreitet. Der Zweck dieses Unterfangens ist ganz klar. Die Militärs stehen den Vorkämpfern der Arbeiterbewegung feindselig gegenüber. Sie wollen unter allen Umständen im Ruhrgebiet einmarschieren, und um dafür eine Handhabe zu bekommen, malen sie das Gesicht des „roten Schreckens“ mit den grellsten Farben an die Wand.

Die Quelle aller Lügen ist das Generalkommando in Münster. Dort sitzen die hochverehrtesten Offiziere, nach Rechts schauend, weil der Kapp-Putsch mit einem Mißerfolg endete, dort sind die verpönten Offiziere der von den Arbeitern geschlagenen Freikorps Lüttichow, Schulz und Lüchow am Werke, um Nach zu nehmen an der erlittenen Niederlage. Das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau, das eben noch die Kapp-Lügen verbreitete, schießt nunmehr die Spiegelgebirgen emporstrahlenden Nachrichten über das Ruhrgebiet in die Welt, um der Offiziersklasse die Möglichkeit für einen Sieg über den „inneren Feind“ zu verschaffen. Die reaktionäre Presse greift diese Schauernachrichten mit Eifer auf. Man merkt ihre Genugtuung darüber, daß es im Ruhrgebiet nicht ruhig werden will, daß wir die scharfmacherische „Post“ schreibt, „die Katastrophe unabwendbar wird“.

Die nüchternen Tatsachen über das Ruhrgebiet sind folgende: Das herausfordernde Ultimatum der Regierung hat die Erregung der Arbeiterbewegung heraufgelockt, daß es an vielen Orten erneut zum Generallstreik gekommen ist. Von einer „Roten Armee“ war und kann nicht mehr die Rede sein. Die Hauptmasse der bewaffneten Arbeiter ist bereits nach Hause gegangen und hat den Abmachungen gemäß die Gewehre abgeliefert. Ein paar kleine Gruppen, aus unverantwortlichen Elementen bestehend, treiben noch allerlei Unfug. Mit ihnen wird aber die Arbeiterschaft schnell fertig werden, wenn sie die Gewißheit hat, daß die Regierung auf dem Boden der Vorkämpfer Beschlüsse steht und den Militärs jeden Einfluß unterbindet. Die Lage wird ungemein erschwert dadurch, daß die Regierung die Geld- und Lebensmittelfuhr gesperrt hat. Sie arbeitet damit den Plünderern direkt in die Hände, reizt sie dazu an, Requisitionen und andere ungesetzmäßige Handlungen vorzunehmen. Eine klare, unzweideutige Politik der Regierung, unter Ausschaltung aller militärischen Gesichtspunkte, kann im Ruhrgebiet allein die Wiederkehr gesunder Zustände ermöglichen.

## Die Krise in Dänemark.

Wie zu erwarten war, haben die dänischen Gewerkschaften sich die von der sozialdemokratischen Partei ausgegebene Parole des Generallstreiks zu eigen gemacht und die Organisationen aufgerufen, in den allgemeinen Ausstand einzutreten. Die Resolution der Generalversammlung der Gewerkschaften lautet:

„Indem die Generalversammlung die Nachricht von dem Staatsstreich des Königs mit Entrüstung aufgenommen hat und den von der Sozialdemokratie ergriffenen Gegenmaßnahmen ihre Zustimmung gibt, fordert sie die Arbeiterorganisationen auf, in den allgemeinen Ausstand einzutreten zu dem Zweck, die Einberufung des Reichstags, die Durchführung des neuen Wahlgesetzes, die Ausarbeitung von Revisionen auf christlicher Grundlage, die Lösung des gegenwärtigen Arbeiterkonfliktes, die Sicherung der Lebensbedingungen für die Arbeiter und die Aufnahme von Verhandlungen über die Beteiligung der Arbeiter an der Leitung der Betriebe zu erzwingen.“

Die Organisationen werden weiter aufgefordert, sofort die nötigen Vorbereitungen zu treffen, damit der Ausstand spätestens Dienstag, den 6. April, freitags, in vollem Umfange in Kraft treten kann. Von dem Ausstand nicht betroffen sind die Krankenhäuser, Schulen und Kinderheime, die Gas- und Wasserwerke, die Post, die demokratischen Zeitungen und

Die den Arbeiterorganisationen gehörigen Betriebe. Die Arbeiterorganisationen werden aufgefordert, unverzüglich zur Durchführung dieses Beschlusses zu schreiten und Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Ruhestörungen sollen nicht geduldet werden, und die Arbeiterorganisationen lehnen jede Verantwortung für Handlungen ab, die gegen diesen Beschluß verstoßen.

Der Beschluß der Gewerkschaften weicht von dem ursprünglich vorgesehenen Plane insofern ab, als er den Beginn des allgemeinen Ausstandes erst auf den 6. April verlegt. Inzwischen werden mit dem König Verhandlungen geführt, um ihn zum Rückzuge zu veranlassen. Einflußreiche Industrielle sind am Werke, um die Gegenseite zu überbrücken. Anscheinend schwebt ihnen irgendein fauler Kompromiß vor, um den Ausbruch des Generallstreiks zu verhindern, der, wie schon der Beschluß der Gewerkschaften zeigt, sich Ziele setzt, die über den politischen Inhalt der gegenwärtigen Krise hinausgehen.

## Beginn des Generallstreiks.

Kopenhagen, 31. März

Die Bäckergehilfen haben heute die Arbeit niedergelegt. Die Hafenarbeiter, Seelen und Heizer beschlossen, die Arbeit nicht heute als Staatsbeamte nicht das Recht haben, sich dem Generallstreik anzuschließen. Die Eisenbahnbediensteten haben bereits beschlossen, in den allgemeinen Ausstand zu treten. Infolgedessen wird in bürgerlichen Kreisen Vorbereitung getroffen zur Werbung von freiwilligen Mannschaften für den Eisenbahndienst, um den Abgang einiger Züge täglich zu ermöglichen.

Der Generaldirektor der Staatsbahn macht die Eisenbahnbediensteten in einem Rundschreiben darauf aufmerksam, daß sie als Staatsbeamte nicht das Recht haben, sich dem Generallstreik anzuschließen. Die Eisenbahnbediensteten haben bereits beschlossen, in den allgemeinen Ausstand zu treten. Infolgedessen wird in bürgerlichen Kreisen Vorbereitung getroffen zur Werbung von freiwilligen Mannschaften für den Eisenbahndienst, um den Abgang einiger Züge täglich zu ermöglichen.

Kopenhagen, 31. März.

Die Partei der radikalen Linken des Reichstags hat den übrigen Parteien ein Schreiben zugestellt, in welchem es heißt: Da die Sozialdemokraten erklärt haben, daß der Generallstreik beendet werden kann, wenn der Reichstag einberufen und die Wahlgesetzgebung angenommen würde, fordert die radikale Linke die übrigen Reichstagsparteien auf, Sonnabend vormittag Vertreter zu einer Konferenz zu entsenden, um über das Wahlgesetz und die eventuelle Einberufung des Reichstags zu verhandeln. Die Sozialdemokraten haben diesem Vorschlag zugestimmt.

## Der weiße Terror in Ungarn.

T. U. Wien, 1. April

Das hiesige ungarische Organ teilt die Namen von 30 angesehenen Offizieren und Advokaten mit, welche an dem Massenmord in Kecskemet beteiligt waren, teils als intellektuelle Urheber, teils als direkte Täter, und verlangt vom Reichsverweser die Einleitung einer strengen Untersuchung. Zu der Ermordung des Angehörigen Ingenieurs Stefan Müller teilt das ungarische Blatt mit, daß endlich auf Betreiben der Angehörigen Stefan Müllers die Leiche freigegeben wurde, nachdem sie vorher photographiert und von zwei französischen Regimentsärzten ein Besund ausgefertigt worden war, der geradezu entsetzlich lautet. Ein Auge ist geblendet, beide Wangen sind durchbohrt und der Aderper wie von Feilschenhieben herabhängende Verletzungen auf. Eine Abschrift dieses Besundes wurde nach Paris gesandt und soll dort der ungarischen Friedensdelegation vorgelegt worden sein. Man bringt den Schritt des Grafen Apponyi, der die ungarische Regierung im Interesse Ungarns vor einer Fortsetzung der Greuel warnt, damit in Zusammenhang.

Wir zweifeln nicht, daß Gorkh, der selbst der intellektuelle Urheber der unzähligen Morde seiner vertierenden Offiziere ist, wie in früheren Fällen eine „strenge Untersuchung“ ankündigen wird. Aber bislang ist noch nicht bekannt geworden, daß auch nur einer der Mörder trotz offenkundiger Beweise bestraft oder auch nur in Haft behalten wurde.

Ludenwaibe wieder geräumt. Den in Ludenwaibe eingedrungenen Truppen wurde gesagt, daß sie nur als Kurhülfe erscheinen und den Ort so schnell als möglich wieder verlassen möchten. Eine Deputation der Stadt begab sich zum Reichsverweserministerium und erreichte den Abzug der Truppen. Seit heute vormittag ist Ludenwaibe von der Plage wieder befreit.

## Die Leipziger Kämpfe.

Von Hans Bloch.

I.

Die Leipziger Arbeiterbewegung hat schwere Tage hinter sich, und sie sind noch nicht zu Ende. Denn noch immer hat die sächsische Regierung sich nicht entschließen können, den Belagerungszustand wieder aufzuheben, den sie für Sachsen in den Tagen des Kapp-Putches beseitigen mußte, dann aber auf Betreiben des Militärs über die Kreishauptmannschaft Leipzig aufs neue verhängte. Und so haben wir hier wie in anderen Teilen Deutschlands das empörende Schauspiel, daß die Arbeiterbewegung, die sich wider die Gegenrevolution erhob und mit kühnen Mutopien die Kappgehilfe eines zweideutigen schwankenden Militärs erstreckte, von eben diesem selbst Militär jetzt niedergedrückt und mißhandelt wird. Unter dem Beifall des Bürgertums, das wenigstens in seinem demokratischen Bestandteil in der ersten Phase der Kapp-Revolution den Beistand des Proletariats wider die Ultrareaktionäre erbat, um dann, als der Kampf ernst wurde, als das bewaffnete Proletariat auf der Bildfläche erschien, sofort in Angstkrämpfe ob des angeblich drohenden Bolschewismus zu verfallen und die Arbeiterklasse heimtückisch an das Militär zu verraten. Das alte Schauspiel im Kleinen, das wir seit 1848 in so vielen Variationen gesehen haben.

Als am Vormittag des 13. März die Kunde von dem Staatsstreich der Junker und Militaristen in Leipzig bekannt wurde, fanden sich noch im Laufe des Frühnachmittags die drei sozialistischen Parteien in dem Entschlusse tatkräftiger Abwehr zusammen. Die Unabhängigen Sozialdemokraten vergaßen die sämmernden Wunden, die ihnen noch wenige Tage vorher von den sächsischen Rechtssozialisten in der Volkshammer bei der Beratung ihres Antrages nach Aufhebung des Belagerungszustandes und Amnestie geschlagen worden waren. Es galt die Abwehr des gemeinsamen Feindes. Aber auch das Bürgertum rührte sich. Der Leipziger Bürgerausschuß, eine parteipolitisch neutrale Organisation des Leipziger Bürgertums, die zur Zeit des vorjährigen Generallstreiks geschaffen wurde, und an deren Spitze der „demokratische“ Unversitätsprofessor Dr. Göh steht, lud sämtliche Parteien, auch die der Arbeiter, an diesem Nachmittag zu einer Besprechung ein. Sie war außerordentlich interessant. Als Vertreter des Leipziger Brigadekommandos war der Chef des Stabes, der Hauptmann Budertott erschienen; neben ihm der Kommandeur der Zeitfreiwilligen, der Oberst Bierer. Natürlich konzentrierte sich das Interesse darauf, welche Haltung diese Herren zu dem Streich der Kappisten einnehmen würden. Aber das war aus den Herren nicht herauszubekommen. Sie, sowie verschiedene Offiziere des Zeitfreiwilligen-Regimentes, die ebenfalls erschienen waren, erklärten lebhaft, daß sie die Ruhe und Ordnung schützen wollten, wärd aber jeder Antwort auf die präzis gestellten Fragen nach ihrer Stellung zur Regierung Bauer bzw. zur Kappbande konsequent aus. Dabei war das Zeitfreiwilligen-Regiment schon am Vormittag des Tages alarmiert und mobilisiert worden, und die Vertreter des demokratischen „Leipziger Tageblattes“ und der rechtssozialistischen „Freien Presse“ konnten mitteilen, daß ihnen vom Zeitfreiwilligen-Regiment die Stellung von Schutzposten angeboten worden sei. Auf ihre erstaunte Frage, wozu das bei der völligen Ruhe in der Stadt nötig sein sollte, war ihnen von den Militärs erklärt worden, man wolle sie gegen „spartakistische Elemente“ schützen. Der Sammelruf gegen den Bolschewismus war also von vornherein als Köder für politische Dumme ausgelegt.

Die Demokraten und die Zentrumsparterie zeigten indes bereit noch keine Neigung, darauf anzugehen. Professor Göh erklärte den Militärs, daß jeder Versuch, ein Kapp-Regiment aufzurichten, den schärfsten Widerstand des demokratischen Bürgertums finden werde. Der Vertreter der Zentrumsparterie schloß sich Herr Göh an. Sogar der Reichsanwalt Börner, ein Vorkämpfermitglied der Leipziger Gruppe der Deutschen Volkspartei, gab für seine Person wenigstens die gleiche Erklärung ab. Nur der Vertreter der deutschnationalen verhängte sich dahinter, daß er noch nichts Bestimmtes wisse und seine Partei noch nicht beraten habe. Unsere Genossen, sowie die



Rechtssozialisten kündigten selbstverständlich den kühnsten Widerstand der Arbeiterchaft gegen den Staatsstreich an und erklärten auf eine Anfrage, daß es jetzt die Arbeit des gemeinsamen Feindes gelte, und daß sie nicht daran dächten, die eben gebildete Einheitsfront des Proletariats durch die Verfolgung einer Forderung wieder zu durchbrechen, die sich ohnehin nur durchsetzen lasse, wenn die Mehrheit des Proletariats sich für sie entschieden habe. Genosse Bloch richtete an den Vertreter des Militärs die Frage, ob es den noch geltenden Belagerungszustand dazu benutzen würde, um Demonstrationen der Arbeiterchaft gegen den Bundesstreich der Kapp-Bande — die für Sonntag mittag zu erwarten waren, da unsere Partei 18 große Versammlungen einberufen hatte — zu verhindern, worauf der Chef des Stabes entgegnete, das einzige Zugeständnis, das von den Herren Militärs zu haben war, war die Zusage, daß sie friedlichen Demonstrationen nichts in den Weg legen werden. Ueber ihre politische Haltung betrahteten sie absolutes Still-schweigen. So, sie wandten sich sogar gegen den Antrag auf Herausgabe eines Flugblattes an die Zeitfreiwilligen durch den Bürgerausschuß, der sie auffordern sollte, sich nicht gegen die Verfassung gebrauchend zu lassen, denn die Truppe dürfe nicht — Politik treiben! Der Rektor der Universität, Professor Brandenburg, der einstige Leiter der Leipziger Gruppe der Vaterlandspartei, jetzt „Demokrat“, konstatierte schließlich, daß er über die Haltung des Militärs jetzt noch ebenso klug sei wie vor der Besprechung. Es unterlag also für den politisch Urteilsfähigen keinem Zweifel, und die Demokraten gaben das unter vier Augen auch ohne weiteres zu, daß das Militär starke Neigung zum Uebertritt auf die Kapp-Seite zeigte und ihm offenbar nur deswegen noch nicht vornahm, weil die Partei noch unsicher und weil der Oberstkommandierende in Dresden, General Maerker, bei aller Sympathie für die Kappisten noch nicht die Masse des Verfassungstreuen abgeworfen hatte. Unter dem bösen Eindruck dieser Tatsache ging die Besprechung auseinander.

Am Morgen des Sonntags strömte die Leipziger Arbeiterchaft in dichten Massen in die Versammlungen, und nach ihrer Beendigung — der Verlauf war überall derselbe, die entzückendste Kampfstimmung herrschte — vereinigte sie sich zu großen Demonstrationen. Der Vorsitzende des Bezirksvorstandes, Genosse Lipinski, hatte am frühen Morgen eine Verfügung des Militärbefehlshabers erhalten, in der die innere Stadt, die von der Promenade umschlossen wird, sowie ein genau bezeichneter anschließender Teil der nördlichen Vorstadt als für die Demonstrationen gesperrt erklärt wurde. Da die Arbeiterchaft nach altergewohnter Weise auf dem Promadenring nach dem Augustusplatz marschieren wollte, der außerhalb des verbotenen Terrains liegt, so war gar kein Anlaß, dieser Verfügung entgegen zu handeln, wenngleich sie sehr überflüssig war, da alle Strohdemonstrationen der Leipziger Arbeiter bisher stets ohne jede Unordnung oder gar Plünderung verlaufen sind. Als die Arbeiter aber die Promenade erreichten, fanden sie die Zeitfreiwilligen in starker Bereitschaft, die ihnen an verschiedenen Stellen den Durchzug zum Augustusplatz streitig machten und in der herausfordernden Weise die Leidenschaft durch das Aufbauen von Maschinengewehren auf den Dächern von Balken und Schulhäusern ausloseten. Es kam zu Zusammenstößen, die bei dem tiefen Mitternachts, das die Arbeiter wegen der zweideutigen Haltung des Militärs erfüllte, bei solch provozierenden Absperrungen ganz selbstverständlich eintreten mußten. Diese Zusammenstöße waren für die Zeitfreiwilligen das Signal zur Eröffnung des Feuers auf die unbewaffnete Menge. 15 Tote und über 30 Verwundete blieben auf der Strecke. Aber auch die Zeit-

freiwilligen hatten Verluste. In Schwermertungswürdigem Glanz haben sich Arbeiter auf die Werdwerkzeuge gestürzt. Maschinengewehre erbeutet und sind zur Vergeltung geschritten. Indes mußte die Arbeiterchaft natürlich das Feld räumen, die Zeitfreiwilligen, unter denen die deutschen nationalen Studenten, die erbitterten Feinde der Arbeiter, die Verteidiger ihrer und ihrer Väter Privilegien, besonders stark vertreten sind, hatten ihr Mütchen im Blute der Proletarier fühlen können.

Man hätte denken sollen, daß die Demokraten wenigstens gegen diesen Ueberfall auf friedlich demonstrierende Arbeiter in der härtesten Weise aufgetreten wären. Aber das gerade Gegenteil trat ein. Die Herren witterten, daß dieses Blutbad den Widerstand der Arbeiter entstellen werde, und das genügte, um sie wieder unter die Fittiche des Militarismus zu treiben. Eine noch sehr auslegungsfähige Erklärung des Militärs, daß es sich auf den Boden der Verfassung stelle, die erst am Sonntagabend erfolgte und erst am Montag bekannt wurde — Herr Maerker hatte inzwischen anscheinend schon ein Paar in der Kappplumbe gefunden und wollte sich auf seine bekannte „Bemittlung“ zugunsten seiner Befinnungsfreunde beschränken — genügte, um die Herren Demokraten zu leidenschaftlichen Parteigängern des Militärs zu machen. Der Arbeitergeist war bewußt, daß die Gefahr noch lange nicht abgeräumt war. Ihr Mitternachts wurde nicht wenig durch die gravierende Tatsache verstärkt, daß die Militärs zwei Kappische Werbeoffiziere „auswiesen“, statt sie festzusetzen, also ihnen direkt zur Flucht verhelfen. Die Arbeiter verschafften sich Waffen auf alle mögliche Weise, so namentlich durch Hausdurchsuchungen in den Wohnungen der Zeitfreiwilligen, in den studentischen Verbindungshäusern, die außerhalb des Machtbereichs des Militärs lagen, das sich aus dem inneren Stadtkern vorerst nicht herauswagte. Mit diesen Waffen in der Hand organisierte sich eine Arbeiterwehr, die Stellungen um den inneren Stadtkern bezog, um die Zeitfreiwilligen und Reichswehrtruppen an der Verübung weiteren Unheils, am Vormarsch in die Vororte zu hindern. Natürlich führte das binnen kurzem zu Zusammenstößen. Schon am Abend des Montags begannen Einzelkämpfer, die sich dann im Laufe der beiden folgenden Tage allmählich zu einem ständigen Feuergefecht auf allen Seiten entwickelten. Primitive Barricaden wurden aufgeworfen, das Militär war in seinen Stellungen zerniert und brachte gar bald neben den Maschinengewehren auch Minenwerfer in Anwendung. Das Passieren vieler Straßen wurde fast unmöglich. Die Straßenbahn hätte auch stillgelegt werden müssen, wenn sie nicht schon durch den am Montag mit imposanter Wucht und Einmütigkeit durchgeführten Generalkrieg eingestellt worden wäre. Die Redaktionen der meisten Blätter waren nur unter Lebensgefahr zu erreichen. Verschiedene Nummern der bürgerlichen Organe sind denn auch ausgefallen. Die „Leipziger Volkszeitung“ ist, obgleich der Weg durch die Landauer Straße nur unter Lebensgefahr zurückzulegen war, bis auf Sonnabend, dem 20., jeden Tag erschienen. An diesem letzten Tage war das Gescheh so heftig, daß das gesamte Personal am Eingang der Landauer Straße umkehrte mußte.

### Wann finden die Wahlen statt?

Die Regierung hat den Wahltermin noch immer nicht bekannt gegeben; es scheinen auch in ihren Kreisen starke Meinungsverschiedenheiten darüber vorhanden zu sein, wann sie stattfinden sollen. Bei der Ertragung der Preussischen Landesversammlung erklärte gestern der Präsident Leinert, der Zeitpunkt der nächsten Sitzung hänge davon ab, ob die Wahlen zum Reichstag vor oder nach der Ernte stattfinden.

Wie möglich, die Wahlen bis nach der Ernte zu verschieben, ist ein Bruch der von der Regierung friedlich zugesagten baldigen Ansetzung der Neuwahlen. Die Regierung muß sich deshalb darüber klar sein, daß die Durchführung einer solchen Wahl das schärfste Richtrohr herbeiführen und zu heftigen Angriffen gegen die berechtigten Anlässe geben würde. Wir verlangen deshalb, daß sie von allen Verschleppungsversuchen Abstand nimmt und den Termin der Neuwahlen so schnell als irgend möglich bekannt gibt.

### Die Rechtssozialisten und die Wahlen.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat sich der Parteiaus-schuß der S. P. D. bereits mit der Wahlvorbereitung befaßt. Der Parteivorstand wurde durch die kriegsgeordneten Adolf Braun, Richard Fischer, Karl Hilgenbrand und Franz Krüger erweitert. Als Ergebnis der allgemeinen Aussprache teilte der „Vorwärts“ mit: „Die Partei ist einig im Entschluß, den Wahlkampf gegen die imperialistische, politische und wirtschaftliche Reaktion mit der größten Entschiedenheit zu führen und, soweit es an ihr liegt, jede Zersplitterung der geschlossenen Arbeiterfront gegen rechts zu vermeiden.“

Eine am Mittwoch in den „Germania-Hallen“ tagende Konferenz aller auf dem Boden der S. P. D. stehenden Berliner Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre nahm nach einem Referat von Franz Krüger, über die Stellung der Sozialdemokratie zu den kommenden Wahlen, folgende Resolution an:

„Durch die Niedererschlagung des Kapp-Zuzuges ist die reaktionäre militaristische Gefahr nicht beseitigt. Den Kampf gegen sie mit größtem Nachdruck weiterzuführen, ist die dringende Aufgabe aller wahrhaft demokratischen, republikanisch gesinnten Schichten des deutschen Volkes. Die neue Regierung muß daher im Sinne der Berliner Vereinbarungen zwischen Regierungsparteien und Gewerkschaften eine schleunige und rückfällige Entfernung aller unzuverlässigen Elemente aus Reichs- und Sicherheitswehren und die Heranziehung der organisierten Arbeiterchaft zum öffentlichen Sicherheitsdienst, die Demokratisierung der Verwaltung und eine entschiedene soziale Wirtschaftspolitik betreiben. Hierbei wird sie die kräftigste Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei haben. Es muß aber auch an die Unabhängigkeit der Sozialdemokratischen Partei die Aufforderung gerichtet werden, angesichts der drohenden reaktionären Gefahren endlich den Boden einer Politik der realen Tatsachen zu betreten. Die von den Unabhängigen bisher angestrebte Diktatur des Proletariats ohne Rücksicht auf die Machtverhältnisse im Volk-parlament würde ebenso wie eine militaristische Diktatur an dem Widerstand der großen Volksmehrheit unter furchtbarem Cypher in der Arbeiterchaft gescheitern. Jede Diktatur- und Putsch-politik von links bedeutet wie bisher nichts anderes als Unterstützung der Reaktion.“

Bei den kommenden Reichstagswahlen müssen daher alle Parteien geschlossen vorgehen, die bereit sind, für Republik, Freiheit, Demokratie und Sozialismus gegen Gewalt und Putsch ihre ganze Kraft einzusetzen. Sorgt das arbeitende Volk dafür, daß der neue Reichstag eine sozialdemokratische Mehrheit hat, dann ist die Bahn frei für die Verwirklichung unserer Ziele.“

Die Aufforderung der Rechtssozialisten an die U. S. P. nicht auf den „Boden der realen Tatsachen“ zu stellen, ist mindestens recht eigenartig. Denn der Boden der „realen Tatsachen“, von dem aus die Politik der S. P. D. betrieben wurde, ist der, auf dem die Kapp-Viktorien ihren Putz gegen das Proletariat durchzuführen suchten konnten, während die Haltung der U. S. P. durch die Ereignisse voll gerechtfertigt worden ist.

### Kunst, Kunstsalon und Kritik.

Was die Künstler in ihren Ateliers an Bildern, Zeichnungen und plastischen Werken ordnen, würde über den Kreis ihrer persönlichen Freunde hinaus niemandem bekannt werden, wenn nicht die Kunstausstellungen wären, die das im Laufe der letzten Zeit geschaffene Material der Öffentlichkeit zugänglich machen. Die Ausstellungen sind dreifacher Art: Die staatlichen oder städtischen Museen für neue Kunst bringen eine sehr kleine Auswahl des Besten, das für die Dauer und unentgeltlich gezeigt wird. Wenigstens ist dies die Aufgabe der Museen. Ob sie wirklich immer nur das Beste sammeln und ob sie wirklich alles Beste heraufschaffen, ist eine zweite Frage. — An dritztelst folgen die großen Jahresausstellungen der verschiedenen Künstlergruppen. Am bekanntesten ist in Berlin die Ausstellung im Glaspalast am Lehrter Bahnhof, die unter dem alten Regime dem Verein Berliner Künstler vorbehalten war, seit 1919 aber auch den oppositionellen Künstlerverbänden geöffnet ist. Neben der Ausstellung im Glaspalast bestehen als von gleicher Art in eigenen Räumen die Jahresausstellungen der Berliner Sezession und der Freien Sezession. Wird die kleine Auswahl der Museen vom wirtschaftlichen Daseinskampf der Künstler nicht mehr berührt, so mischen sich künstlerische und wirtschaftliche Absichten in den Jahresausstellungen der Künstlerverbände, die zugleich Märkte für Bilder sind mit dem Zweck, Verkaufsmöglichkeiten zu schaffen. Und drittens gibt es die von den privaten Kunsthandlungen veranstalteten Ausstellungen. Um ihre Ware auszuliegen und das Publikum anzulocken, richten sich die Kunsthandlungen eine kleine Markthalle ein: den Kunstsalon, in dem sie jeden Monat eine neue Ausstellung machen von Werken, deren Verkaufrecht sie sich gesichert haben. Da die Kunsthandlungen in harter Konkurrenz stehen, bringen sie, um einander zu über-treffen, auch manchmal allgemein interessierendere Ausstellungen. Aber daß bei ihnen in erster Linie der Wille steht, gute Geschäfte zu machen, ist doch selbstverständlich. Denn sie sind Geschäftsleute wie alle Händler, und daß die Ware, mit der sie handeln, Kunstwerke sind, macht ihr Geschäft wohl „feiner“, „vornehmer“ und „gesellschaftlicher“, aber auch sozial bedenklicher.

Da die Ausstellungen der Kunsthandlungen rein geschäftliche Unternehmungen sind, ist es einigermaßen verwunderlich, daß die Tageszeitungen diesen Ausstellungen so großes Gewicht belegen. Während das Geschäftliche jenseits in den Inserenten oder in den Börsenberichten verdrängt ist, werden die Unternehmungen der Kunsthandlungen im „Journal“ regelmäßig gewürdigt. Für verhältnismäßig geringen Grund könnte nur sein, daß für wandern Künstler die Kritik über die Ausstellungen fast die einzige Hoffnung ist, bekannt zu werden; daß der Künstler also nicht den Händlern zu Liebe, sondern den nun einmal auf diese angewiesenen Künstlern zu Liebe die Ausstellungen der

Salons besuche. Dieser Gedanke leuchtet auch mich bisher, wenn ich hier einzelne Ausstellungen besuche. Die Leser werden aber bemerkt haben, daß diese Ausstellungenskritiken immer seltener wurden, — und in der Folgezeit werden sie noch seltener werden.

Die bisherige Kritik ist ein Mischling aus Kunstkritik und Salonkritik. Sie ist nicht selbständige Kunstkritik, da sie sich das zu beurteilende Material wesentlich von anderen bestimmen läßt, nämlich von den Händlern, während es doch die wichtigste Aufgabe des Kunstkritikers wäre, sich das Material selbst zu stellen. Kunst ist doch vermutlich noch etwas anderes, als was die paar großen Händler dafür auszugeben für nützlich halten. Aber die bisherige Kritik ist auch nicht konsequente Kritik der Kunstsalons. Denn, wenn sie das wäre, — und das bedeutet keine zu überachtende Aufgabe! — dann müßte sie in deren ganzen inneren Betrieb hineinleuchten. Denn gerade, wenn man die Kunst als eine Sache allgemeinen öffentlichen Interesses ansieht — und das allein rechtfertigt doch ihre Kritik in den Tageszeitungen — sollte man immer wieder prüfen, ob sie (und der einzelne Künstler) nicht in der Politik der Händler Schaden leidet.

Unsere Aufgabe soll es sein, unabhängig von der Politik der Kunsthandlungen die Kunst zu würdigen. In unseren Betrachtungsbereich sollen also die wichtigsten Neuerwerbungen der Museen, die öffentlichen Kunstausstellungen, wie Bauten oder Denkmäler (Möblich tut mehr rot als Erziehung) und die selbständigen Ausstellungen der Künstlerverbände . . . und in Ausnahmefällen, wenn wirklich ein allgemeines Interesse vorliegt, auch gelegentlich eine Händlerausstellung.

Im Uebrigen werden wir die Kunst an der Quelle aufsuchen. Die Künstler, die uns etwas bedeuten, gleichgültig ob sie von einem Kunsthändler vertreten und ausgestellt werden oder nicht, wollen wir unseren Lesern durch kurze Aufsätze bekannt machen. Es ist freilich wahr, daß dann nicht immer die Möglichkeit gleichzeitiger Anschauung bestehen wird. Aber die große Jahresausstellung am Lehrter Bahnhof führt ja so ziemlich alle einmal zusammen, bietet also reichlich Gelegenheit, die Anschauung zu ergänzen und nachzuholen. Und mancher Künstler wird vielleicht auch zu bestimmten Stunden eines Tages sein Atelier erschaffen Kunstfreunden öffnen. — Jedenfalls: der bisherige Weg der Kunstkritik kommt für uns, Leser wie Schreiber, nicht mehr in Frage. Wir suchen und einen neuen Weg, der und zugleich erlaubt, das unruhigere Getrieb der mittelständigen und schlechten Arbeiten abzuschöpfen. Welchen wie wir auf das, was uns von Wert erscheint. Die Kritiker vor Mühsal und das Verwirren überlassen wir den Oberlehrern. Die Annahme eines unerschöpflichen Kritikers als eines Mannes, der den Wohlstand der Kunst besitzt, ist ohnehin ein Fiktion. Der Kritiker sei ein Mensch, der Kritik sammelt aus dem Erleben seiner Zeit — seiner, den den Künstlern ihre Zensuren gibt . . . Aber das blicke auf die Kunstkritik. Blicke! Und würde das

haben? Kunstkritik ist nur ein Produkt des Kunstgeschicks. Je eher sie überflüssig wird — um so besser für alle.

Adolf Wehne

Hans Reclam, der Mitbegründer der bekannten, inzwischen auf 6000 Nummern angewachsenen Reclam-Bibliothek, ist 80 Jahre alt in Leipzig gestorben. Wenn auch nicht alles in dieser Sammlung einwandfrei sein konnte und viel böder Unterhaltungsfisch eingeschmuggelt wurde, so haben doch die millionenfach verbreiteten Büchlein (jetzt natürlich auch verteuerten) Büchlein in alle Häuser die Schätze deutscher Dichtung und Gelehrsamkeit getragen.

Sonntagruhe und Presse. Auf der kürzlich in Brüssel abgehaltenen Jahresversammlung des Belgischen Presseverbandes wurde einstimmig ein Beschluß gefaßt, demzufolge mit allen Kräften erstrebt werden soll, ein belgisches Gesetz herbeizuführen, daß der Presse die unbedingte Sonntagruhe verbürgt und in ganz Belgien in der Zeit von Sonntag mittag bis Montag Mittag jeden Zeitungserwerb verbietet.

In der Volksbühne wird in Abänderung des Spielplanes am Montag, den 3. 4., abends, nicht „Paul Langa und Lora Parsberg“, sondern „Nach Domostros“ gespielt. Anfang 7 Uhr. — Die Vorstellung des klassischen Theaters „Woh von Verklungen“ vom 20. März, die wegen der Märzruhen ausfallen mußte, findet nunmehr am 14. April (Mittwoch) nachmittags 2 1/2 Uhr statt. Die alten Eintrittskarten haben Gültigkeit.

In der Dehmelsche des Verbandes der freien Volksbühnen, die am Karfreitag mittags 11 1/2 Uhr im Theater am Bülowplatz stattfindet, wird Julius Weh die Gedächtnisrede halten und Friedrich Kayhler aus Dehmels Gedichten recitieren. Kammer-sänger Josef Mann singt Anforgerische Kompositionen Dehmelscher Lieder. Conrad Anforger selbst wird Dehmels Sonata appassio-nata spielen. Karten sind an der Kasse erhältlich.

Osterkonzert. Der Verband der freien Volksbühnen veranstaltet am Ostermontag und Osterdienstag mittags 12 Uhr in der Philharmonie Konzerte mit dem Philharmonischen Orchester unter Leitung des ersten Kapellmeisters der Staatsoper Dr. Fritz Stiedern. Mitwirkende: Vera Schwarz (Sopran-Oper), Professor Karl Flesch (Violine). Zur Aufführung gelangt: Weber: Ouvertüre zur Oper Abu Hassan, Mozart: Violinkonzert A-Dur, Wagner: Sinfonie Nr. 4 für Orchester und Sopran solo. Karten zu 2.50 M. an der Kasse der Philharmonie, Geschäftsstelle der Volksbühne, Breitkopf und Härtel, Potsdamer Str. 21, Volksbühnenbuchhandlung, Köpenicker Str. 69, Warenhäuser von Hermann Eißig Siehe auch das morgen früh in der „Freiheit“ erscheinende Inserat.

Das Tänzerpaar So Hesse und Joachim von Seetow absolviert vom 1. Osterfesttag ab in der Romischen Oper ein kurzes Schauspiel mit neuen Tönen im Rahmen des musikalischen Lustspiels „Wenn Trauer träumen“ von Franz Hill-







